

# Sachsen-Zeitung

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft,

Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Die „Sachsen-Zeitung“ erscheint täglich nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in den Geschäftsstellen und Ausgabestellen 2.— Mark im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2.30 Mark, bei Postbestellung 3.— Mark, einschließlich Abtrag. —  
Alle Postanfragen und Postumschreibungen nehmen wir gerne entgegen.  
In Halle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Wählendung eingeleiteter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.



Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Raumzeile 20 Goldpfennig, die 2-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3-spaltige Reklamazeile im letzten Teil der Zeitung 100 Goldpfennig. Nachmittagsblätter 20 Goldpfennig. Sonntagsblätter und Feiertagsblätter 20 Goldpfennig. Fernruf: Amt Wilsdruff Nr. 6.  
Für die Wichtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Reklamationspruch ist, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs geht. Anzeigen nehmen auch alle Vermittlungsstellen entgegen.

Nr. 56 — 83. Jahrgang.

Verl.-Abt.: „Sachsen-Zeitung“

Wilsdruff-Dresden.

Postfach: Dresden 2610

Donnerstag, 6. März 1924.

## Deutsch-türkische Freundschaft.

Von einem genauen Kenner, der im Kriege als Mitkämpfer in der Türkei war, wird uns geschrieben: Wir stehen am Abschluß eines Vertrages über unsere Gesamtbeziehungen mit der Türkei, und der frühere Minister des Auswärtigen, Herr von Rosen, soll als Gesandter nach Konstantinopel gehen. Damit werden die amtlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei wieder aufgenommen, nachdem sie über fünf Jahre „abgebrochen“ waren.

Hoffentlich haben wir in der Zeit, da wir mit den Türken im Kriege auf Gedeih und Verderb verbunden waren, vor allem aber in den Jahren hernach allerhand gelernt, wie wir Deutsche uns zu den Türken zu stellen haben. Es gab wohl keinen Fehler, den wir den Türken gegenüber während des Krieges nicht gemacht haben, und die 30 000 Deutschen, die dort unten gewesen sind, haben wenig Nutzen zu bringen vermocht. Man könnte ordentlich tadelnd werden über das Verhalten der Deutschen, wenn es gilt, sich fremden Verhältnissen anzupassen und nicht darüber die Hände zu ringen, wenn unten in der Türkei nicht alles so schnell, so selbstverständlich und so geordnet vor sich ging, wie im damaligen Deutschland.

Wir hatten während des Krieges die Türkenbegeisterung, aber der Orientale verhält es am allerwenigsten, wenn sich ihm der Europäer voller Überschwang naht. Er hat nämlich bei dem Europäer, dem „Franken“, wie er ihn bezeichnenderweise nannte, allerhand üble Erfahrungen gemacht. Die „Franken“ wollten nämlich immer etwas von ihm haben, wenn sie zu ihm kamen. Er verstand den ganzen Aplomb des deutsch-türkischen Freundschaftsbündnisses überhaupt nicht und sah die wohl innerlich — nach außen hin war er überaus höflich — über das „Freundschaftsbündnis“, das von idealistischen deutschen Professoren in vollkommener Unkenntnis der türkischen Gedankenwelt in Konstantinopel gegründet worden war. Da war ihm das Geschenk Kaiser Wilhelm's, ein Brunnen, weit lieber, weil es zweckmäßig war. Übrigens haben die Deutschen draußen an der Front nicht minder gelacht über die geschwollenen Phrasen, denn wir kannten den Türken besser und wußten, daß wir mehr für die deutsch-türkische Freundschaft taten, wenn eine deutsche Kompanie einen englischen Angriff zurückschlug. Also auf Gefühlsfertigkeiten soll man das neue Verhältnis zur Türkei wirklich nicht aufbauen. Dort schätzt man nur den, der den Türken irgendeinen Vorteil auf militärischem, wirtschaftlichem oder organisatorischem Gebiete verschafft.

Das muß auch der einzige Gesichtspunkt sein, der für die Zukunft maßgebend sein darf. Wenn man etwa mit irgendwelchen Worten von aller Waffenbrüderschaft oder dergleichen ankommen und unter Berufung darauf etwas haben will, so wird man zwar nicht auf Ablehnung, aber auf jenen zähen Widerstand, das Nicht-Verstehenwollen stoßen, das wir, die wir unten waren, alle so gut kennen. Und Deutschland hat an der Türkei doch noch allerhand gut zu machen. In Deutschland wurde Zalaat erschossen und der Mörder freigesprochen. In Deutschland starben noch zwei andere türkische Führer den gleichen Tod durch Armenterhand und die Mörder wurden nicht gestraft. Die Erfolge, die die siegreiche Türkei im Kampfe gegen die Entente errungen hat, hat das durch Selten empfindlich gemachte Nationalgefühl der Türken noch empfindlicher, noch härter gemacht. Sie haben das Sklavensystem von Syrien von sich abgeschüttelt, während auf unserem Boden das von Versailles noch lastet. Also irgendwelche Ausnahmestellungen wird es für uns nicht geben und nur, wenn wir den Türken etwas bieten können, liegt selbstverständlich wirtschaftlich, wann wird er uns, aber nicht gerne, aufnehmen. Denn gewaltige Aufgaben stehen dem arabischen Reich bevor. In Vorderasien ist der Westen vollständig verfallen, steht kaum ein Stein auf dem anderen; jahrelanger Krieg hat die Agrarwirtschaft zu den primitivsten Methoden zurückgeführt lassen. Die Türkei braucht also Geld, braucht Kredit, und große Geschäfte dort zu machen, bietet sich gewiß kaum eine Gelegenheit. Demal hat einmal gesagt, daß die Schwierigkeiten erst am Tage des Friedensschlusses wirklich beginnen werden, nämlich der wirtschaftliche Wiederaufbau; das gibt den Gesichtspunkt ab, unter dem wir ihm helfen können.

## Der offizielle Messeempfang in Leipzig.

Leipzig, 4. März. Heute mittag fand in der alten Handelsbörse ein Empfang der offiziellen Gäste des Messeamtes statt. Die Reichsregierung war vertreten durch den Vizeminister und Innenminister Dr. Jares, den Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, den Reichswirtschaftsminister Dr. Damm und den Reichspostminister Dr. Hölle, die sächsische Regierung durch den Ministerpräsidenten Helbig und einige andere Minister. Ferner waren zugegen der bayerische Ministerpräsident Dr. von Kallling, sowie Vertreter der Parteien usw. Geheimrat Rosenthal-Leipzig begrüßte die Gäste und führte in seiner Rede aus, es sei fast, sich von einer planmäßigen Schutzpolitik etwas zu versprechen. Völker, die sich vom Auslande absperrten, müßten in ihrer Produktion zurückgehen. Der Direktor des Messeamtes, Dr. Köhler, unterstrich den internationalen Charakter der Leipziger Messe. Auf der diesjährigen Frühjahrsmesse stellen 14 000 Firmen aus und aller Wahrscheinlichkeit nach dürfte der Besuch

## Amerika stimmt den neuen französisch-englischen Ablichten niemals zu.

London, 5. März. Wie der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ erfährt, seien amtliche und politische Kreise in Washington über die in dem Schriftwechsel zwischen Macdonald und Poincaré enthaltenen Hinweise, wonach die Reparations- und Kriegsschulden bei der kommenden Erörterung über die europäische Regelung miteinander verbunden werden sollen, beunruhigt. Staatssekretär Hoover hat immer wieder dargelegt, daß die amerikanische Regierung niemals zustimmen würde, diese beiden Fragen zusammen zu erörtern und daß sie niemals auf einer Konferenz vertreten sein werde, die auf dieser Grundlage abgehalten werde.

### Es handelt sich wieder an.

(Eigener Fernsprechkreis der „Sachsen-Zeitung“.) London, 5. März. Ueber die neuerlichen Beziehungen zwischen England und Frankreich meldet das Reuterbüro: Allgemeine Ansicht in verantwortlichen Londoner Kreisen sei, daß die französisch-englischen Beziehungen durch den Briefwechsel zwischen Macdonald und Poincaré in ein neues Stadium gebracht worden seien. Es verlautet, daß diese Mitteilungen durch keine besonderen Ereignisse hervorgerufen worden seien und nur eine Fortsetzung der freundschaftlichen Noten bedeuteten, die ausgetauscht worden wären, als Macdonald seinen Posten übernommen hätte.

### Frankreichs Schulden an England.

(Eigener Fernsprechkreis der „Sachsen-Zeitung“.) London, 5. März. Am Unterhause gab gestern nachmittag Snowden bekannt, daß Frankreichs Kriegsschulden an Großbritannien genau 3 Milliarden Dollar betragen. Als Macdonald Poincaré schrieb, daß er bereit sei, die interalliierten Schulden in direkten Besprechungen einer allgemeinen Regelung entgegenzuführen, gab er gleichfalls zu, daß er bereit sei, in der Frage der deutschen Reparationen ein Kompromiß abzuschließen. Nach Ansicht Großbritanniens müßte das Problem der Sicherungen zuerst gelöst werden. Wenn Frankreich die Vorfälle des Völkerbundes anerkennt, so würde das Problem der Reparationen und der Kriegsschulden halb weniger schwer werden. Gleichzeitig könne damit eine bedeutende Verminderung der französischen Rüstung vorgenommen werden. In hiesigen amtlichen Kreisen ist man der Ansicht, daß der Wunsch nach einer Konferenz von Frankreich ausgeben solle. Es bestehe wenig Möglichkeit, daß eine internationale Abrüstungskonferenz noch vor dem Sommer dieses Jahres zustande kommen kann.

die Notordriffer von 160 000 überschreiten. Der sächsische Ministerpräsident Helbig sprach im Namen der sächsischen Regierung und sagte, daß man bei der Bewertung dessen, was wiederum für die Messe geleistet worden ist, während der Abkürzung des Ruhrgebietes zum Optimist werden könne. Er sei davon überzeugt, daß es Deutschland zwingen und schaffen würde. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns meinte, er könne nicht ganz so optimistisch sein. Andern Völkern gebe man zum Wiederaufbau Geld und andere Hilfsmittel, bei Deutschland wäre es umgekehrt. Zu ihm sagte man: Saniere deine Währung und bringe dein Budget in Ordnung, dann werden wir vielleicht helfen. Das, was die Regierung mit den Notverordnungen erreicht hat, dürfe nicht täuschen. Es sei nur eine Nothilfe. Wir sind mit unseren Preisen über dem Weltmarkt. Er, als Vertreter der Arbeit, glaube ausdrücklich betonen zu sollen, daß es nicht an der Zahnhöhe liegt. Nach seiner Meinung läge es aber der Wirtschaft auch gut, daß sie sich wieder einmal gegen die Konkurrenz zu schlagen habe. Nach der offiziellen Begrüßung erfolgte eine Befichtigung der technischen Messe.

## Politische Rundschau

### Die Spaltung in der Sozialdemokratie.

Dresden, 4. März. Die „Dresdner Volkszeitung“ enthält ein Schreiben, in welchem gefragt wird, die Delegiertenversammlung des Unterbezirks Groß-Dresden habe am 2. März Beschlüsse gefaßt, die offen gegen das Statut verstoßen und deshalb nicht aufrechterhalten werden könnten. Die Delegiertenversammlung habe wohl die Vorbereitung der Kandidatenliste zum Reichstage treffen, nicht aber die Wahl selber vornehmen dürfen. Die Wahl müsse vielmehr durch Urwahl erfolgen. Der Vorstand und die Mehrzahl der Delegiertenversammlung hätten trotz erheblichen Protestes die statutarische Bestimmung beiseite geschoben und die Wahl vollzogen. Weiter habe die Delegiertenversammlung wohl das Recht, Vorschläge von Kandidaten zum Landes- und Reichstagswahl zu machen, die Wahl selbst solle aber in der Regel durch Urabstimmung in den Gruppen erfolgen. Die Versammlung hätte sich nicht herausnehmen dürfen, den Mitgliedern vorzuschreiben, welche Kandidaten sie bei der Urwahl zu wählen hätten. Die beiden Beschlüsse müßten also ferrigiert werden,

### Ein Kreditvorschlag für Deutschland und Oesterreich.

(Eigener Fernsprechkreis der „Sachsen-Zeitung“.) New York, 5. März. Der Senator Dial hat im Senat den Entwurf eines Gesetzes eingebracht, durch das das Schatzamt ermächtigt wird, aus dem von Treuhändern für feindliches Vermögen verwalteten Geldern einen Betrag von 150 Millionen Dollar als Kredit für Deutschland und Oesterreich zum Ankauf amerikanischer Waren zu verwenden.

### Drei Artikel des deutsch-amerikanischen Handelsabkommens gestrichen?

(Eigener Fernsprechkreis der „Sachsen-Zeitung“.) London, 4. März. Wie Reuter aus Washington meldet, sollen die drei Artikel des noch nicht ratifizierten Handelsvertrags mit Deutschland, die für die Schiffe der Vertragsstaaten Behandlung auf dem Fuße der Gegenseitigkeit vorsehen, nach einer heute von der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten getroffenen Entscheidung gestrichen werden.

### Protest gegen den deutsch-amerikanischen Handelsvertrag.

Washington, 4. März. Amerikanische Schiffseigentümer haben bei dem Präsidenten des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten Senator Lodge Protest gegen den beabsichtigten deutsch-amerikanischen Handelsvertrag eingelegt.

### Neue Wendung im Petroleumskandal.

Washington, 5. März. Der Petroleumskandal hat eine neue Wendung genommen. Der Präsident des vom Senat eingeleiteten Untersuchungsausschusses Walsh wird beschuldigt, verdächtige Telegramme mit Debeno ausgetauscht zu haben. Es wird allgemein die Frage aufgeworfen, ob andere Mitglieder des Untersuchungsausschusses über jeden Verdacht erhaben seien.

### Die Männer vom Wort!

Pirmasens, 4. März. Der Polizeioberwachmeister Roth, Polizeikommissar Walter, Feuerwehroberwachmeister Müller, die beiden Verleger der Pirmasenser Zeitung Gebrüder Dell und Schmiedemeister Jopp wurden gestern nach dem Amtsgerichtsgefängnis Mainz geschickt, um wegen Beteiligung an der Ergreifung der Separatisten vor ein französisches Kriegsgericht gestellt zu werden, und zwar trotz des Spenerer Abkommens vom 16. v. Mts., das beiderseitige Repressalien ausschloß.

wenn die Ungültigkeit der Wahlen nicht von höherem Stellen ausgesprochen werden solle.

### Reichstagsauflösung?

Berlin, 4. März. Nach dem negativen Ergebnis der gestrigen Verhandlungen angekündigte Abänderungsanträge zu Verhandlungen, die heute die Reichsregierung mit den der Regierung nahestehenden Parteien geführt hat, rechnet man nunmehr in parlamentarischen Kreisen mit ziemlicher Sicherheit auf die Auflösung des Reichstages Ende dieser Woche. Man nimmt an, daß die morgen wieder beginnende Generaldebatte damit enden wird, daß einige von den Sozialdemokraten auch in den gestrigen Verhandlungen angekündigte Abänderungsanträge zu den Verordnungen, die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassen wurden, eingebracht und mit Hilfe der rechten Opposition der Deutschnationalen und der Deutschvölkischen angenommen werden. Dies dürfte dann für die Regierung der natürliche Anlaß zur Auflösung des Parlaments und zur Ausschreibung von Neuwahlen sein. Unbedingte Sicherheit über den Wahltermin besteht natürlich noch nicht, doch wird nach wie vor in erster Linie der 1. April genannt.

### Parlamentarische Zwischenfälle.

Der völksparteiliche Abgeordnete Dr. Graemer hätte während der letzten Reichstagsdebatte Herrn von Graefe das Wort „Hochverräter“ zugerufen. Darauf haben die drei deutschvölkischen Reichstagsabgeordneten v. Graefe, Wulle und Henning einen Kartellträger zu ihm entsandt und ihn auf Pistolen „bis zur Kampfunfähigkeit“ gefordert. Dr. Graemer soll beabsichtigen, von diesem Vorfall im Reichstag Mitteilung zu machen.

Freiherr v. Lersner, der wegen seines Briefes an den Präsidenten Millerand in Zwickau mit der Deutschen Volkspartei, zu der er gehört, geraten war, und nicht wieder als Wahlkandidat aufgestellt worden war, hat sich in einer vertraulichen Anfrage an die Deutschnationalen gewendet, um gegebenenfalls von ihnen ein Reichstagsmandat zugesichert zu bekommen.

Die Reichstagskandidatur des Oberpräsidenten von Hannover, Kossel, wird schon vor den Wahlen scharf umfritten. Vor einigen Tagen lehnte man sie in Berlin beim sozialdemokratischen Bezirksstad durch eine rabuläre Mehrheit ab, weil der auf dem rechten Flügel der Sozialdemokratie stehende Kossel bei den Radikalen der meist abgelehnte